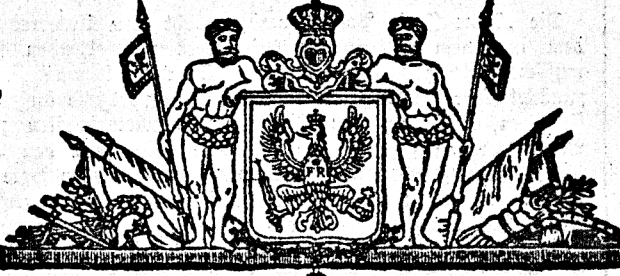


# Wossische



# Zeitung

Begründet

1704

**Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen**

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Aun. d. Handelsl.): Jul. Eibau, Berlin, Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11850 Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 600

## Die Mehrheit für Wirth.

### Rechts und links Enthaltung.

Zwischen dem Reichskanzler und den Führern der Deutschen Volkspartei hat heute vormittag eine Besprechung stattgefunden, die der Haltung der Partei gegenüber der Reichsregierung gilt. Eine wesentliche Aenderung in dem Standpunkt der Deutschen Volkspartei scheint diese Besprechung nicht herbeigeführt zu haben, und die Frage, welche Mehrheit das Kabinett Wirth am Ende der politischen Aussprache erhalten wird, scheint dahin geklärt zu sein, daß eine Tagesordnung, in der die Regierungserklärung gebilligt und die Unterstützung des Reichstages zur Durchführung des Programms der Erfüllung zugesichert wird, mit den Stimmen der Koalitionsparteien angenommen werden wird. Die Minderheit, die die Koalition repräsentiert, wird in eine Mehrheit verwandelt werden dadurch, daß sich auf der rechten Seite des Hauses die Deutsche Volkspartei, auf der linken Seite die Unabhängigen der Abstimmung enthalten werden.

Gegen die Regierung würden also die Deutschnationalen und die Kommunisten stimmen, die ja stets, wenn auch nach verschiedenen Zielen hin, an dem gleichen Strang ziehen, eventuell auch die Bayerische Volkspartei. Die Mehrheit wird also nur relativ sein. Aber nach dem parlamentarischen Brauch wird sich das Kabinett Wirth zunächst mit ihr zufrieden geben müssen.

Die besondere Tagesordnung, die die Deutsche Volkspartei einbringen gedenkt, wird sich, wie schon berichtet, darauf beschränken, die Regierungserklärung zur Kenntnis zu nehmen und eine abwartende Haltung in Aussicht zu stellen. Der Standpunkt der Partei wurde heute gleich nach Beginn der Sitzung bei Fortsetzung der Debatte durch den Abg. Dr. Stresemann begründet.

### Die heutige Reichstagsitzung.

Vor dem Abgeordneten Dr. Stresemann, der heute als erster Redner die Debatte über die Erklärung der Regierung fortsetzen sollte, nimmt Reichsjustizminister Dr. Schiffer das Wort, um den Standpunkt der Reichsregierung gegenüber den Anträgen auf Aufhebung der außerordentlichen Gerichte und auf Erlassung einer Amnestie darzulegen. Der Reichsjustizminister verweist darauf, daß ein Antrag auf Aufhebung der außerordentlichen Gerichte vor kurzem im Reichstage verhandelt und abgelehnt worden ist. Was die Amnestie betrifft, so verweist der Reichsjustizminister darauf, daß in den letzten zwei Jahren 13 Amnestiegesetze erlassen worden sind. Das ist ein Zu-

stand, der zu ersten Bedenken Anlaß gibt, denn andauernde Amnestien sind unvereinbar mit dem Begriff der Rechtspflege. Auch eine Amnestie müsse ebenso wie ein außerordentliches Gericht eine Ausnahmeregel sein.

Im übrigen ist in der kommunistischen Presse zugegeben worden, daß die Märzaktion „lediglich ein Vorpostengefecht“ gewesen sei und daß die kommunistische Partei entschlossen sei, neue Kämpfe folgen zu lassen. Unter diesen Umständen würde die Erlassung einer Amnestie nur zu solchen neuen Kämpfen ermutigen. Der Reichsjustizminister lehnt daher im Namen der Reichsregierung eine allgemeine Amnestie ab, er ist aber bereit, einem Antrage der Sozialdemokraten entsprechend, die Urteile der Sondergerichte unter dem Gesichtspunkte einer möglichen Begnadigung nachprüfen zu lassen.

Abg. Dr. Stresemann (D. Vpt.) stimmte den Ausführungen des Reichsjustizministers im wesentlichen zu und unterzog dann die Programmrede des Reichskanzlers einer eingehenden Kritik. (Bei Schluß des Blattes spricht der Redner weiter.)

### Englische Anerkennung für Wirth.

Drahtmeldung.

London, 3. Juni. (W. T. S.)

Der der Regierung nahestehende „Daily Chronicle“ schreibt, die Reichstagsrede des Reichskanzlers Dr. Wirth atme einen ehrlichen und aufrichtigen Geist, den die Alliierten herzlich, ohne zu kritisieren, anerkennen müßten. Das Gefühl auf Seiten der Alliierten für den Gegensatz dieser Rede zu den Äußerungen der früheren deutschen Kanzler müsse in der praktischen Haltung der Alliierten entsprechend zum Ausdruck gelangen. Seit zwei Jahren hätten die Alliierten dem neuen Deutschland klar gemacht, daß Ehrlichkeit seine beste Politik sei, und daß Aufrichtigkeit auf Seiten Deutschlands belohnt werden würde. Das Blatt erklärt: Jetzt, wo die deutsche Regierung endlich nach diesen Grundsätzen handelt, müßten wir alles tun, was wir können, um unsere Doktrin zu bestätigen.

„Daily News“ sagen, die Rede des Reichskanzlers mache einen guten Eindruck und berechtige zu seinem Appell an die Alliierten, Deutschland „fair chance“ zu geben. Soweit England in Betracht komme, werde trotz mancher gegenteiliger Anzeichen die allgemeine Neigung vorhanden sein, jedes ehrliche Bestreben seitens Deutschlands ehrlich anzuerkennen.

## Der Anschluß.

Das Recht auf Abstimmung.

Der Reichskanzler in Berlin und der Bundeskanzler in Wien stehen sich parteipolitisch und weltanschauungsgemäß nahe. Auch in ihrer äußeren Orientierung besteht insofern Übereinstimmung, als beide die realen Machtfaktoren der Entente als gegebene Tatsachen in ihre Rechnung einstellen. Man kann auch annehmen, daß Dr. Wirth Wert darauf legt, das jetzige Wiener Regime zu stützen. Der Wiener Ballplatz hat aber zweifellos weit über das Ziel hinausgeschossen durch eine Veröffentlichung, die den Anschein erwecken sollte, als habe der deutsche Reichskanzler sich in die österreichischen Verhältnisse eingemischt und den ungebeten Rat erteilt, um Gottes willen jehet die Anschlußfrage ruhen zu lassen. Der Rat war ganz und gar nicht ungebeten, und wenn Dr. Wirth in seiner Bereitwilligkeit, eine kollegiale Gefälligkeit zu erweisen, weitergegangen sein sollte, als er vielleicht selbst wollte, so hat doch erst die Art der Wiener Veröffentlichung, die geradezu irreführend war, den peinlichen Eindruck hervorgerufen, als ob die Berliner Regierung aktive Anti-Anschlußpolitik treibe. Dieses Manöver war um so bedenklicher, als die Wiener amtlichen Stellen genau darüber unterrichtet sind, daß Deutschland zwar den Anschein vermeiden will, als ob es für den Anschluß agitatorisch wirke, daß aber das ganze deutsche Volk jeden Tag bereit ist, die Sorgen und Lasten mit den leidenden Stammesgenossen Oesterreichs brüderlich zu teilen. Der Reichskanzler Wirth hat auch in den letzten Besprechungen mit dem österreichischen Geschäftsträger diese prinzipielle Anschlußfreundlichkeit warm und entschieden betont.

Auf die Methoden, die gegenwärtig im Wiener Auswärtigen Amt üblich sind, wirft dieser An sich keineswegs bedeutungsvolle Zwischenfall ein eigenartiges Licht. Man kann es nach dieser Probe verstehen, wenn die Länder die Drohungen, Bitten und Beschwörungen, die aus Wien erfolgen, um die Anschlußabstimmungen zu hintertreiben, nicht wirklich und nicht tragisch nehmen. Wenn die Wiener Regierung ängstlich und eifrig bemüht ist, der Entente den Vorwand zu nehmen, die in Aussicht gestellte Hilfsaktion, mag sie noch so fragwürdiger Natur sein, zu unterlassen, so handelt sie sicherlich pflichtgemäß. Auch die Wahl des Zeitpunkt für die Aufrollung der Anschlußfrage kann man bei objektiver Betrachtung für ungeeignet halten, solange die Grenzfragen in West- und Ostungarn und Oberschlesien schweben. Andererseits aber ist der Einspruch, der von einzelnen Ententemächten und Nachbarstaaten gegen die Abstimmungsbewegung erhoben wird, so wenig haltbar, so sehr in Widerspruch mit dem geschriebenen und ungegeschriebenen Recht, daß eine Panikstimmung, angesichts ihres Ordes ganz und gar nicht am Platz war. Vielleicht hätte der Bundeskanzler Mayr in Innsbruck, Salzburg und jetzt in Graz mehr Eindruck gemacht mit seiner Bitte und seiner „Anweisung“, die Anschlußabstimmung zu unterlassen, wenn nicht der Verdacht entstanden wäre, als wäre die Wiener Regierung subjektiv und objektiv die drohenden Gefahren. Man darf nicht vergessen, daß ohnedies das Mißtrauen gegen den „Wasserkopf“ Wien in den Ländern von gesünderer agrarischer Konstitution maßlos ist und daß auch die Tatsache, daß nicht mehr von dem „roten Wien“ gesprochen werden kann, nachdem eine christlich-soziale Regierung am Ruder ist, wenig dazu beigetragen hat, die vorhandenen Gegensätze zu mildern. Die Anschlußabstimmungen enthalten, auch wenn der Gesamtübertritt Deutschösterreichs an das Deutsche Reich als Ziel gilt, eine Spitze gegen Wien, wenigstens werden sie in den Regierungskreisen, die die süße Gewohnheit des Herrschens unvermindert in die kleinen, aber nicht minder komplizierten Verhältnisse des Rumpstaates übernommen haben, so empfinden. Man muß sich vergegenwärtigen, daß in der alten Kaiserstadt, die als das Zentrum eines großen, stark zentralisierten Reiches die Intelligenzen der verschiedensten Nationalitäten an sich gezogen hat, ein Behördenapparat vorhanden ist, der die Bedürfnisse und Möglichkeiten des Landes weit übersteigt. So betrachtet, sind die Anschlußabstimmungen nicht nur eine Sympathie-fundgebung für die Gemeinamkeit mit dem Reich, sondern auch eine Art „Los von Wien“.

Die internationale Seite der Abstimmungsfrage ist, wie bereits bemerkt, so klar, daß man die Einsprüche, die erfolgt sind, als geradezu unbegründlich bezeichnen muß. Es ist einfach nicht wahr, daß sie irgendwie im Widerspruch mit dem Friedensvertrag von St. Germain stehen. Ausdrücklich wird bei den Abstimmungen hervorgehoben, daß sie lediglich dem Zweck dienen, die Wünsche der Bevölkerung festzustellen. Dabei wird immer wieder anerkannt, daß der Anschluß selbst nur mit Zustimmung des Völkerbundes erfolgen kann, wie das als Recht Deutschösterreichs, nicht als eine Last, im Friedensvertrag vorgesehen ist. Ganz abgesehen davon kann man sich schwer vorstellen, welches Interesse z. B. Italien haben sollte, der Anschlußbewegung ernsthafte Hindernisse zu bereiten. Bei nüchterner Erwägung der italienischen Interessen kann es keinen Zweifel darüber geben, daß eine gemeinsame deutsch-italienische Grenze von unschätzbarem Wert für beide Teile wäre. Ganz ähnlich steht es mit Jugoslawien, und der Versuch, das Ergebnis der Rätiner Volksabstim-

## Der englische Schritt in München.

Die Zwangslage Bayerns.

München, 3. Juni.

Die gesamte Presse beschäftigt sich mit der inzwischen auch vom Reichskanzler im Reichstag erwähnten Erklärung des englischen Generalkonsuls Seeds, die keinen Zweifel darüber läßt, daß auch England in der Weigerung, die bayerischen Einwohnerwehren aufzulösen, einen Grund zu weiteren Sanktionen erblicken würde. Die amtliche „Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei“ meint, wie nach dieser Erklärung die Antwort Bayerns an die Reichsregierung lauten werde, könne ebensowenig zweifelhaft sein, wie die daraus zu folgernden Entschlüsse der Reichsregierung.

Die Reichsregierung wird auf Grund des bestehenden Reichsgesetzes die Auflösung anordnen müssen. Sie könnte dieses Schritts nur dann entzogen werden, wenn die Verhältnisse in der Einwohnerwehr sich so gestalten würden, daß ein reichsstaatlicher Auflösungsbesehl unnötig würde. Die bayerische Regierung wird durch diese neueste Entwicklung der Dinge vorerst nicht unmittelbar berührt; nach der Auffassung, die sie bisher in der Einwohnerwehrfrage vertreten hat, kann ihr nicht zugemutet werden, von sich aus die Auflösung anzuordnen. Dieser Standpunkt kann von der bayerischen Regierung ohne Gefährdung der Reichspolitik eingenommen werden, weil die letzte Entscheidung bei der Reichsregierung liegt. Was die Erklärung des Herrn Seeds anlangt, so kann man der Auffassung sein, ohne damit eine parteioffizielle Anschauung bekunden zu wollen, daß es besser gewesen wäre, wenn die Dinge in den letzten Tagen einen Verlauf genommen hätten, der dem englischen Vorgehen die Voraussetzungen dafür entzogen hätte. Auf der anderen Seite enthält aber die englische Mitteilung zu grell den Ernst und Zwang der Lage, daß es niemand mehr wagen dürfte, von Nachgiebigkeit und Feigheit zu reden, wenn die weiteren Folgen aus dieser Lage gezogen werden.“

\* Paris, 3. Juni.

Der deutsche Botschafter in Paris, Dr. Mayer, hat, wie der „Matin“ meldet, gestern Abend dem Ministerpräsidenten Briand einen Besuch abgestattet. Er sprach abermals von den Schwierigkeiten, die die Auflösung der Einwohnerwehren in Ostpreußen und Bayern behindern. Er versicherte, daß das

Reich keine Vorbehalte machen und daß Berlin die gegebenen Versprechen auch halten wolle, es verlange nur Geduld und Nachsicht. Briand erwiderte, die französische Regierung könne Anregungen und Bemerkungen Deutschlands über die Entwaffnung nicht in Betracht ziehen. Sie halte sich an die von Deutschland übernommenen Verpflichtungen und erwarte deren Ausführung.

### Neue Ueberschichten im Ruhrgebiet?

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

Essen, 3. Juni.

Nach der „Deutschen Bergwerkszeitung“ ist amtlich beabsichtigt, an den Ruhrbergbau neuerlich mit der Forderung um Einführung von Ueberschichten heranzutreten. Zu diesem Schritt nötigen insbesondere drei Tatsachen: das rasche Zurückgehen der Haldebestände von 1 Mill. auf 1/2 Mill. Tonnen, der bereits einen Monat anhaltende Ausfall der ober-schlesischen Kohle für die deutsche Industrie, und schließlich die Unausführbarkeit des Entente-Ultimatums, wenn nicht eine bessere Kohlenversorgung der deutschen Industrie erfolgt.

### Berlängerung der Polizeistunde.

Erlaß des preußischen Ministers des Innern.

Wie der preußische Pressedienst meldet, hat unter dem 30. Mai der Minister des Innern an die Regierungspräsidenten und dem Polizeipräsidenten von Berlin folgenden Erlaß gerichtet:

„Unter Aufhebung meines Erlasses vom 20. 10. 1920 werden Sie hiermit ermächtigt — sofern es nach den örtlichen Verhältnissen angezeigt erscheint — die Wirtschaftschlußstunde bis zu der durch die Bundesratsverordnung vom 11. 11. 1916 gezogenen Höchstgrenze von 1 1/2 Uhr für die Sommermonate, also bis zum 15. 10. 1921 festzusetzen. Einem Bericht über die etwa dortorts getroffene Neuregelung der Wirtschaftschlußstunde sehe ich bis zum 30. 6. entgegen.“